

Personalabbau – die unendliche Geschichte! Politik handelt zunehmend verantwortungslos

Das Festhalten der Landesregierung an den Personaleinsparungsplänen bei der Polizei ist mit der fortschreitenden Lage unverantwortlich.

Es macht schier sprachlos, dass verantwortliche Politiker eine personell auf den Felgen laufende Polizei nicht wahrnehmen wollen und der Öffentlichkeit ein beschönigendes Zerrbild über die öffentliche Sicherheit präsentieren.

Fakt ist, dass in der Fläche alle Dienststellen des operativen Dienstes am Limit arbeiten. Es gibt kaum noch Freiräume außerhalb von Mindestpräsenzen. Das führt zu einer auffallend hohen Krankheitsquote in der Landespolizei. Fakt ist, dass der hohe Arbeitsdruck, unregelmäßige Freizeit und das Gefühl ständiger Verfügbarkeit auf die Gesundheit der Polizeibeamten gehen.

Mit etwas Geschick lässt sich so das normale Tagesgeschäft bewerkstelligen, aber es darf eben nichts zusätzlich passieren. Aber es passiert eben immer etwas. Ob es polizeiliche Großlagen wie G7-Gipfel sind, marodierende Einbrecherbanden oder jetzt die riesige Flüchtlingswelle, die auch die Polizei vor große Herausforderungen stellt.

Bisher gehen wir noch davon aus, dass an den Standorten der Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge Polizeistationen mit jeweils fünf Beamten zu bilden sind, die vor Ort tätig sind. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Unterbringungssituation von Flüchtlingen katastrophal ist und zunehmend die Gefährdung größerer Flüchtlings- und Asylunterkünfte neu bewertet werden muss. Einerseits sind Anschläge auf derartige Unterkünfte bereits an der Tagesordnung und andererseits bringt die Unterbringung von Menschen verschiedenster Kultu-

ren unter schwierigen Bedingungen unweigerlich Konflikte mit sich. Man muss wahrlich kein Prophet sein, um zu erkennen, dass die Polizei in dieser Thematik zunehmend personalintensiv involviert sein wird.

Noch vor wenigen Tagen propagierte die Kieler Regierungskoalition, dass die Polizei neue Aufgaben künftig nur noch mit zusätzlichem Personal zu übernehmen hat. Da ist es fast beschämend, wenn verantwortliche Polizeipolitiker der Koalition auf kurzfristig erhöhte Kontingente bei der Ausbildung verweisen (die dann in circa drei Jahren ausgebildet zur Verfügung stehen). Auch der Verweis auf das von der Polizei durch einen massiven Schnitt bei der Wasserschutzpolizei „erwirtschaftete“ Umsteuerungspotenzial ist schäbig. Dieses Personal sollte für die dringenden Aufgaben im Bereich der organisierten Kriminalität, bei der Bekämpfung von Cybercrime und Kinderpornografie eingesetzt werden.



> Torsten Gronau

Diese dringenden Aufgaben nun aufzuwiegen gegen den Schutz von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist dreist.

Man darf zur Kenntnis nehmen, dass durch verschiedene Einflüsse der „Stabilitätspakt“ bis 2020 sowieso nicht zu halten sein wird. Hier bedarf es dringend neuer Verhandlungen mit dem Bund, damit auch finanzschwächere Länder wie Schleswig-Holstein handlungsfähig bleiben. Wer in der jetzigen Situation bei der Polizei auch nur eine Stelle abbaut, handelt unverantwortlich.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*



Fotolia

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
Fotos: Th. Nommensen
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

Wechselschichtdienst – Berücksichtigung bei der Pensionsgrenze wird geprüft! Initiative der DPolG vom LPA aufgegriffen

Es ist wahrlich kein Geheimnis und seit vielen Jahrzehnten bekannt:

Der unter anderem bei der Landespolizei übliche Wechselschichtdienst ist gesundheitlich gefährdend, physisch wie psychisch außerordentlich belastend und führt zu massiven Beeinträchtigungen des sozialen Lebens der Betroffenen.

Unstrittig ist durch das Vorliegen von zahlreichen repräsentativen Studien von Arbeitsmedizinern und wissenschaftlichen Instituten, dass Wechselschichtdienst über längere Zeiträume die Gefahr von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck, Depressionen, Magen-Darm-Problemen und Schlafstörungen erheblich erhöht. Jüngere Studien zufolge, steige sogar die Wahrscheinlichkeit, durch den Schichtdienst an Krebs zu erkranken.

Nicht zuletzt weiß jeder von uns Polizeibeamten, der einmal Schichtdienst gemacht hat (und wer wäre das insbesondere bei der Schutzpolizei nicht), dass soziale Kontakte in Familie und Freundeskreis zwangsläufig durch diese Dienstform leiden und auch wiederkehrende Termine wie etwa bei einem Sportverein häufig genug sehr schwer bis gar nicht zu organisieren sind.

Bei allem Anerkennen durch uns, dass Polizei nun einmal so organisiert sein muss, dass sie rund um die Uhr für den Bürger da ist und die öffentliche Sicherheit quasi „24/7“ garantiert wird, sollte eine hinreichende Berücksichtigung bei der Fürsorge und Entlohnung durch den Dienstherrn für Schicht-

dienstleistende eine Selbstverständlichkeit sein.

Erst vor wenigen Monaten hat Innenminister Stefan Studt (SPD) nach einigem Zögern ein Versprechen seines Amtsvorgängers Andreas Breitner mehr oder weniger umgesetzt, indem er die Wechselschichtzulage pauschal auf 3,15 Euro pro geleisteter Stunde zur Nachtzeit oder an Wochenenden und Feiertagen erhöht hat. Das ist zwar anzuerkennen, war aber wahrlich kein großer Wurf. Nicht nur weil die Zulagen zuvor nahezu zwanzig Jahre lang nicht erhöht wurden, in der freien Wirtschaft werden in der Regel für Nacharbeit erheblich höhere Zuschläge gezahlt. Die Forderung der DPolG ist und bleibt daher: Weniger als fünf Euro pro Stunde „DzuZ“ sollten es keinesfalls sein!

Nun ist Geld aber bekanntlich nicht alles. Lebensqualität und vor allem Gesundheit kann man sich ohnehin nicht kaufen. Daher hat die DPolG die vorläufigen Ergebnisse des von Landespolizeidirektor Ralf Höhs vor einigen Monaten ins Leben gerufenen Workshops „Stimmungsbild im Wechselschichtdienst“ aufgegriffen und der Hausspitze des LPA vorgeschlagen, man möge prüfen, ob eine Berücksichtigung für Kolleginnen und Kollegen, die über längere Zeiträume Wechselschichtdienst geleistet haben, bei der Pensions- und Altersgrenze möglich sei.

Konkret gesagt: Ist es nicht nur recht und billig, wenn ein Polizeibeamter, der über viele Jahre Schichtdienst gemacht hat, früher in Pension geht als ein Beamter, der seinen Dienst währenddessen ausschließlich

oder weitgehend zu üblichen Bürozeiten (jedenfalls nicht regelmäßig zur Nachtzeit) geleistet hat? Diese Frage sei erlaubt!

Dankenswerterweise hat Landespolizeidirektor Ralf Höhs in diesem Kontext beim LPA eine „Arbeitsgruppe Kompensation

ben der denkbaren Absenkung des Pensionseintrittsalters für Schichtdienstleistende auch die wöchentliche Arbeitszeit für diese Zielgruppe abgesenkt werden könnte oder sollte.

Die DPolG freut sich über das Aufgreifen des Vorschlages und wird sich im Dialog mit



Fotolia

von Belastungen im Polizeivollzugsdienst“ installiert, welche unter der Leitung vom Kollegen Frank Ritter tagt und die Vorstände der Polizeigewerkschaften zu einem Dialog im Spätsommer 2015 eingeladen hat.

In der Arbeitsgruppe werden die gesundheitlichen Auswirkungen von Wechselschichtdienst beschrieben, ein Abgleich mit Handhabungen dieses Themas in anderen Bereichen des Bundes (andere Länderpolizeien und Bundespolizei) vorgenommen, Parameter für die Beschreibung und Bewertung denkbarer Anerkennungsmodelle beschrieben und schlussendlich auch die rechtlichen sowie finanziellen Auswirkungen eines zu prüfenden Modells erarbeitet. Zugleich hat die Arbeitsgruppe den Auftrag zu prüfen, ob ne-

dem LPA gerne am Zustandekommen eines hoffentlich ebenso erfreulichen Arbeitsergebnisses beteiligen. Bleibt zu hoffen, dass schlussendlich nicht wieder finanzielle oder fiskalische Aspekte ein solches mehr als wünschenswertes Projekt zum Kippen bringen, sondern die Politik endlich einmal anerkennt, welchen schweren, belastenden und gefährlichen Dienst die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten tagtäglich für den Staat und jeden einzelnen Bürger erbringen. Die Herabsetzung der Pensionsgrenze (möglicherweise auch der Wochenarbeitszeit) für Schichtdienstleistende wäre nämlich wirklich mal ein „großer Wurf“!

*Thomas Nommensen,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Drei Fragen an den neuen Leiter der Polizeidirektion Ratzeburg

POLIZEISPIEGEL (PS): Die Deutsche Polizeigewerkschaft im dbb s-h (DPoIG) gratuliert Ihnen, Herr Wilksen, zur Ernennung zum Leiter der Polizeidirektion Ratzeburg!

In politisch schwierigen sowie zuweilen auch turbulenten Zeiten, welche sich auch auf die Organisation der Landespolizei auswirken, übernehmen Sie von Ihrem Amtsvorgänger Herrn Becker ein schwieriges Amt.

Welche Schwerpunkte beabsichtigen Sie, in den ersten Monaten Ihrer Tätigkeit als Behördenleiter in Ratzeburg zu setzen?

Michael Wilksen (MW): Zunächst möchte ich mich bei Ihnen für die Glückwünsche bedanken. Mir ist bewusst, dass mit dem Amt eine hohe Verantwortung für andere Menschen verbunden ist, die ich bei allen meinen Entscheidungen bedenken werde.

Ich werde gleich zu Anfang möglichst alle Dienststellen bereisen, um mir ein Bild vor Ort zu verschaffen. Im Anschluss identifiziere ich dann zusammen mit den Führungskräften in der Behörde auf der Grundlage bisheriger Zielsetzungen und Entscheidungen zukünftige Schwerpunkte.

Schwerpunkte in der Polizeidirektion Ratzeburg sind für mich am Anfang sicherlich die Neuorganisation und die Einbruchskriminalität. Darüber hinaus halte ich die Themen „Gewalt gegen Polizeibeamte“ und das „Gesundheitsmanagement“ für wichtig. Ich begrüße es, dass diese Fragen landesweit in den Fokus genommen wurden.

PS: Sie übernehmen das Amt des Direktionsleiters in Ratzeburg in einer Zeit, in der die Landespolizei Personal abbauen muss. Auch bei der Polizeidirektion Ratzeburg werden den Plänen zufolge in den kommenden Monaten beziehungsweise ein bis zwei Jahren absehbar zahlreiche sogenannte kleine Polizeistationen geschlossen sowie einige Polizeizentralstationen und Polizeireviere zusammengelegt.

Das wird gerade in der Flächenregion Ratzeburg, die größtenteils ländlich geprägt ist, nicht ohne negative Auswirkungen für die polizeiliche Präsenz in der Fläche sowie auch die Prävention in den von der Schließung betroffenen Gemeinden führen. Auch die Reaktionszeiten für die eingesetzten Streifenwagenbesatzungen werden sich absehbar in einigen Fällen verlängern.

Wie wollen Sie dieser Entwicklung entgegensteuern beziehungsweise derlei Folgen kompensieren?

MW: Die Organisationsentscheidungen in der Polizeidirektion Ratzeburg dürfen nicht mit möglichen landesweiten Einsparüberlegungen in einen Topf geworfen werden, denn sie haben nichts miteinander zu tun. Die Neuausrichtung soll einerseits zu einer möglichst einheitlichen und gleichmäßig belasteten Dienststellenarchitektur führen. Andererseits werden Aspekte wie die Eigen-sicherung sowie die zeitgemäße Nutzung von Führungs- und Einsatzmitteln verfolgt. Insofern sollen sowohl die Präsenz in der Fläche als auch die Reaktionszeiten nicht nur gewährleistet, sondern punktuell so-

gar verbessert werden. Im Übrigen erhält die Polizeidirektion Ratzeburg über die AG Stellenverteilung in geringer Anzahl sogar mehr Personal.

PS: Die Polizeidirektion Ratzeburg gehört zur „Metropolregion Hamburg“ mit unmittelbaren Grenzbereichen zu den Großstädten Hamburg und Lübeck sowie zum Land Mecklenburg-Vorpommern.

Insbesondere die Bekämpfung der Einbruchskriminalität ist bereits seit geraumer Zeit ein Schwerpunkt polizeilicher Arbeit in der Direktion Ratzeburg. Beabsichtigen Sie auch in Zukunft das entsprechende Konzept trotz knapper werdender personeller Ressourcen fortzuführen oder gar auszuweiten?

MW: Ja, das Konzept soll ohne Wenn und Aber fortgesetzt werden. An einigen Stellen wollen wir es sogar ausweiten.



> Polizeidirektor Michael Wilksen

Ich nehme dieses Kriminalitätsphänomen sehr ernst. Die Polizeidirektion Ratzeburg wird ihre rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls ausnutzen. Wir sind aber gerade bei der Einbruchskriminalität auch auf die Mithilfe und das Verständnis der Bürger für polizeiliche Maßnahmen angewiesen.

PS: Vielen Dank für das Interview, Herr Wilksen!

*Interview und Bericht:
Thomas Nommensen*

Michael Wilksen ist neuer Leiter der Polizeidirektion Ratzeburg

Seit Anfang August 2015 ist Polizeidirektor Michael Wilksen neuer Leiter der Polizeidirektion Ratzeburg. PD Wilksen ist 54 Jahre alt, verheiratet, Vater einer erwachsenen Tochter und wohnt in Bönebüttel bei Neumünster.

Michael Wilksen begann seinen dienstlichen Werdegang bei der Landespolizei Schleswig-Holstein 1978 im mittleren Dienst in Eutin. In der jetzigen PD AFB war er nach der Ausbildung Gruppenführer in der 1. Einsatzhundertschaft, machte Mitte der 1980er-Jahre den Aufstieg in den gehobenen Dienst und war danach als Ausbilder und Fachlehrer dort tätig.

Seine weiteren Stationen bei der Landespolizei waren das Polizeirevier Nortorf, die Polizeizentralstation Bordsesolm sowie die Verkehrsüberwachungs-bereitschaft in Neumünster, bis er Ende der 1990er-Jahre das Studium und den Aufstieg in den höheren Dienst machte. Danach war er Lehrbereichsleiter in der PD AFB, Stabsleiter und stellvertretender Leiter der damaligen Polizeiinspektion Oldesloe und wurde anschließend in die Polizeiabteilung des Kieler Innenministeriums abgeordnet, wo er unter anderem die Reformkommission III mitgestaltete. Bei seiner sich hieran anschließenden Tätigkeit im LPA zeichnete er für die sogenannte „Strategie 2012“ mitverantwortlich. In den vergangenen fünf Jahren, bis zu seinem Amtsantritt in Ratzeburg, war PD Wilksen Stabsleiter und stellvertretender Behördenleiter der Polizeidirektion Neumünster. Zuletzt war er zugleich Leiter einer landesweiten Arbeitsgruppe zur Gestaltung des Stellenabbau-pfades bei der Wasserschutzpolizei.

Anhebung der Einstiegsbesoldung auf A 8 – Sinn oder UNSINN?

Die Entscheidung der sogenannten „Küstenkoalition“ in Kiel über die angekündigte Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 8 ist wie ein Schlag ins Gesicht für alle Polizeiobermeister/-innen, die sich seit Jahren in diesem Amt befinden und nach teilweise zehn Jahren noch immer auf ihren „Hauptmeister-Stern“ warten.

Nun sollen Kollegen, schlichtweg „Anfänger“, diesen gleichgestellt werden!? Dass das für Missstimmung und Unmut innerhalb der Kollegenschaft sorgt, bedarf wohl keiner näheren Erklärung.

Der Sinn dieser Maßnahme scheint nur für wenige greifbar zu sein. Im Grunde wohl nur für die Kollegen, die von dieser Anhebung profitieren werden.

Um den Beruf des Polizeivollzugsbeamten attraktiver zu gestalten, was der Grund für diese Anhebung sein soll, wären doch auch Maßnahmen wie die Wiedereinführung des Urlaubsgeldes sowie die Auszahlung beziehungsweise Wiedereinführung eines vollen „Weihnachtsgeldes“ sinnvoll und vor allem für alle Kollegen spürbar gewesen.

Ich kann mir kaum vorstellen, dass die Erhöhung des Einstiegsgehalts um circa 80 Euro dafür sorgen wird, dass die Bewerberzahlen steigen und sich unter diesen dann auch noch vermehrt Schulabgänger befinden, die ihren Schulabschluss mit gut oder besser gemeistert haben.

Die Aufstiegsperspektive bleibt schlecht, ob mit A 7 oder A 8 im Einstiegsamt. Während man sich bei A 7 noch über



DPolG Hamburg

eine Beförderung mehr freuen konnte.

Ich bin mir sicher, dass ein Job mit der Aussicht auf Urlaubsgeld und ein nennenswertes Weihnachtsgeld, in vielen Berufen der freien Wirtschaft zum Teil ein komplettes 13. Gehalt, den Beruf deutlich mehr wieder in den Vordergrund gerückt hätte als eine Maßnahme, die in erster Linie nur kurzfristig motiviert und dann auch nur einen Teil der Beamten betrifft.

Ich selbst bin damals noch aus Überzeugung zur Polizei gegangen und habe mich bewusst für diesen Beruf entschieden. In den nunmehr elf Jahren, die ich dabei bin, habe ich mehr Abstriche hinnehmen müssen als Gutmachungen.

Ich möchte gar nicht erwähnen, wie es Kollegen geht, die seit mehr als 30 Jahren dabei sind.

Die Frage, ob ich mich derzeit noch mal für diesen Beruf entscheiden würde, müsste ich mit einem klaren „JEIN“ beantworten.

Es bleibt das Positive der Unkündbarkeit und des sicheren Gehalts. Dagegen stehen allerdings die immer wiederkehrende Diskussion über den Stellenabbau bei immer größer werdender Einsatzbelastung, die zunehmende Gewalt gegen uns Beamte mit der einhergehenden Ignoranz der Gerichte und teilweise Politik, auch in Bezug auf Beleidigungen, der fehlende Rückhalt in der Bevölkerung.

Ich könnte die Liste noch weiterführen, aber das ist nicht das Thema.

Ich bin gespannt und werde die Debatte bezüglich einer Anhebung der Einstiegsbesoldung interessiert verfolgen. Gerade in Bezug auf mehr als wünschenswerte Ausgleichsmaßnahmen für diejenigen, die von der Erhebung nicht betroffen sind. Aber wahrscheinlich werden die sich am Ende „wieder nichts kaufen können“!

Und im Resultat sorgt die Maßnahme möglicherweise für kurze Freude auf der einen Seite und für ein schlechtes Stimmungsbild innerhalb der Belegschaft auf der anderen Seite.

Ich lasse mich wie so häufig wohl einfach mal wieder überraschen...

*Leserbrief von
Anne Kathrin Ameis,
Kreisverband Lübeck/Ostholstein*

> Kreisverband Segeberg

Es geht wieder los!

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreisverbandes Segeberg,

nach einer etwas längeren „Pause“ geht es wieder los. Dem Kreisvorstand ist es gelungen, weitere Kolleginnen und Kollegen für die Vorstandsarbeit zu interessieren.

Ein neuer Vorsitzender wartet nur darauf, von Euch gewählt zu werden.

Das muss natürlich in ein rechtliches Fundament in Form einer Kreisverbandsversammlung gegossen werden.

Diese findet am Donnerstag, dem **5. November 2015**, statt.

Bitte diesen Termin unbedingt im Dienstplan berücksichtigen. Uhrzeit und Ort gehen per Einladung später persönlich zu.

Gerade die jetzige Situation in der Landespolizei verlangt eine wachsame, offensive Gewerkschaftsarbeit und die Unterstützung möglichst aller Mitglieder.

Ernst Meißner